

NATIONALRAT
Frühjahrssession 2010

Fragestunde vom 8. März 2010

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Bundeskanzlei

10.5076 Vischer. SDA und ddp

- Weshalb gibt die sda viel Geld für die Schaffung eines Monopols aus und ersucht den Bund gleichzeitig um höhere Zuwendungen wegen einer angeblich existenzbedrohenden Situation?
- Wie viel gedenkt der Bund zusätzlich der sda unter dem Titel der Sprachverordnung zu bezahlen?
- Hat er dabei vor Augen, dass die sda jetzt Geld zur Finanzierung des Lizenzvertrags mit der deutschen ddp braucht?
- Gedenkt der Bund bei der Erneuerung des Leistungsvertrages zu berücksichtigen, dass die SDA von ihren Kunden künftig Monopolpreise einfordern wird?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

10.5013 Graber Jean-Pierre. Intervention der Schweiz bei der Uno aufgrund der Äusserungen des libyschen Präsidenten Gaddafi und des Generalsekretärs Ban Ki-moon

Nachdem Präsident Gaddafi zum Dschihad gegen die Schweiz aufgerufen hatte, äusserte der UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon sein Bedauern über die Eskalation des Streits zwischen der Schweiz und Libyen. Dies deutet darauf hin, dass sowohl beim Ursprung wie auch bei der Entwicklung des Konflikts gleichermassen Fehler gemacht wurden. Wird der Bundesrat bei der UNO intervenieren, um darzulegen, dass Libyen in diesem Rechtsstreit weitaus die grösser Schuld trägt als unser Land?

10.5014 Graber Jean-Pierre. Abzug des Schweizer Botschafters aus Libyen nach den Äusserungen von Präsident Gaddafi

Am 25. Februar 2010 hat der libysche Präsident Gaddafi zum heiligen Krieg gegen die "ungläubige und abtrünnige" Schweiz sowie zum allgemeinen Boykott unseres Landes aufgerufen. Diese unzulässigen Äusserungen folgen der Forderung Libyens nach einer Aufteilung der Schweiz auf ihre Nachbarländer vor der UNO-Vollversammlung im September 2009. Erwägt der Bundesrat angesichts dieser Angriffe, die die Würde unseres Landes massiv verletzt haben, den Schweizer Botschafter zur Beratung aus Tripolis zurückzurufen?

10.5025 Sommaruga Carlo. Israeli-Swiss Science Network. Beitrag zur Einhaltung der Genfer Konventionen?

Am 24. Februar 2010 hat die Schweizer Botschaft in Israel ein E-Mail an die Schweizer und israelischen Universitäten verschickt und darin über das Vorhaben informiert, ein wissenschaftliches Netzwerk zwischen Israel und der Schweiz (ISSN) aufzubauen. Die Empfängerinnen wurden gebeten, die Namen von Schweizer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Israel und von israelischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der Schweiz zu nennen. Der Internationale Gerichtshof hat in seinem Gutachten vom 9. Juli 2004 daran erinnert, dass jeder Staat verpflichtet ist, mit seinem Handeln die Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch die Drittstaaten - in diesem Fall Israel - einzufordern.
Inwiefern könnte mit dem ISSN die Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch Israel erwirkt werden?

10.5026 Fehr Mario. Ereignisse in der Türkei im Jahr 1915

Am 9. Februar 2010 hat das Obergericht des Kantons Zürich die Verurteilung von MM. Ali Mercan, Ethern Kayali und Hesam Kemal wegen der Verletzung des Artikels 261bis des Strafgesetzbuches bestätigt.
Hat dieses Urteil einen Einfluss auf die Position des Bundesrates im Hinblick auf die Einschätzung der Ereignisse in der Türkei im Jahre 1915?

10.5048 Heim. Visa-Sicherheit

Es gibt Mängel in der Visa-Politik, zitiert die Sonntagszeitung vom 28. Februar 2010 das EDA.
- Gibt der Bericht des EDA-Inspektorates über Unregelmässigkeiten bei der Visa-Ausstellung durch Lokalangestellte schweizerischer Vertretungen im Ausland nicht Anlass zur begründeten Befürchtung, dass der vom Parlament am 11. Dezember 2009 beschlossene neue Artikel 98b Ausländergesetz betreffend die "Übertragung von Aufgaben im Visumverfahren an Dritte" zu noch schwerwiegenderen Missbräuchen führen könnte?
- Was unternimmt der Bundesrat, um Missbräuche als Folge eines derartigen Outsourcing zu verhindern?

10.5084 Stamm. Nato-Treuhandfonds für Afghanistan

- Hat sich die Schweiz mit 180 000 Franken am "NATO-Treuhandfonds für Afghanistan" beteiligt?
- Bestehen Pläne, dies zu tun?
- Trifft es zu, dass zumindest ein entsprechender interner Entscheid gefällt worden ist?

10.5086 Baumann J. Alexander. Beratung der Genfer Polizeibehörde im Vorfeld des Gaddafi-Einsatzes

Nachdem die Genfer Behörden immer wieder mit Fehlverhalten der Mitarbeitenden und Gäste der in Genf präsenten Internationalen Organisationen konfrontiert sind und in vertretbarem Masse darauf reagieren müssen, ist davon auszugehen, dass sie in heiklen Fällen sich durch Bundesbehörden beraten lassen.
1. Wurden die Bundesbehörden vor dem Polizei-Einsatz angefragt?
2. Welche Departemente haben welche Auskünfte/Empfehlungen erteilt?

10.5088 Widmer. Mehr Präsenz der Schweiz in Brüssel?

Mit dem am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen EU-Reformvertrag nimmt der Einfluss des EU-Parlaments massiv zu.
Verstärkt die Schweiz nun ihre Präsenz in Brüssel?

10.5094 Freysinger. Die Schweizer Geisel Max Göldi

Weshalb hat das Personal der Schweizer Botschaft Max Göldi der libyschen Polizei ausgeliefert, wo es doch sinnvoller gewesen wäre, dass diese die Geisel auf dem Botschaftsgelände abholt und damit internationale Abkommen verletzt?

Justiz- und Polizeidepartement**10.5004 Rickli Natalie. Neue Protokollierungsvorschriften in der Schweiz. StPO**

1. Mit welchem Mehraufwand an Zeit und Personal (Richter, juristisches Sekretariat, Dolmetscher, Polizei usw.) rechnet das Bundesamt für Justiz mit den neuen Protokollierungsvorschriften in Artikel 78 StPO/CH?
2. Warum weigert sich das Bundesamt für Justiz, auf einen begründeten Ergänzungsvorschlag des Obergerichts Zürich zu den Protokollierungsvorschriften in der StPO/CH einzutreten?

10.5010 Roth-Bernasconi. Das Bundesamt für Migration behindert die Ausübung des Beschwerderechts

Am 28. Juli 2009 wurde ein Asylsuchender aus der Schweiz ausgewiesen. Seine Anwältin wurde jedoch erst am 29. September darüber informiert. Mit einer Zwischenverfügung vom 5. Oktober hat das Bundesverwaltungsgericht einen schweren Verstoss gegen das grundlegende Verfahrensrecht festgestellt.

Welche Arbeitsphilosophie haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration, wenn sie die Ausübung des Beschwerderechts behindern und gegen das Verfahrensrecht verstossen, sodass die Behörde von einem Gericht zurechtgewiesen werden muss?

10.5011 Roth-Bernasconi. Das Bundesamt für Migration verstösst gegen grundlegendes Verfahrensrecht

Am 28. Juli 2009 wurde ein Asylsuchender aus der Schweiz ausgewiesen. Seine Anwältin wurde jedoch erst am 29. September darüber informiert. Mit einer Zwischenverfügung vom 5. Oktober hat das Bundesverwaltungsgericht einen schweren Verstoss gegen das grundlegende Verfahrensrecht festgestellt.

Ist es nicht so, dass das Dublin-Verfahren rein mechanisch und übereilt angewandt und dabei die Tatsache ausser Acht gelassen wird, dass es sich um Menschen und nicht um Waren handelt?

10.5012 Baettig. Aufnahmebedingungen der beiden Uiguren aus dem US-Gefangenenlager Guantanamo im Kanton Jura

- Wie gestaltet sich die Finanzierung des Aufenthalts der beiden uigurischen Brüder im Kanton Jura?

- Wie hoch ist der Beitrag der USA, und für welchen Zeitraum wird dieser geleistet?

- Wie hoch ist der Anteil der Eidgenossenschaft?

- Welche Gegenleistungen offerieren die USA?

Der Gesundheitszustand einer der beiden Brüder wurde von den amerikanischen Ärzten schlechter eingestuft als von den verantwortlichen Personen beim Justiz- und Polizeidepartement (EJPD).

- Um was für ein gesundheitliches Problem handelt es sich?

- Und handelt es sich dabei um eine Folge der während der Haft erlittenen Misshandlungen?

10.5041 Baettig. Unvorhersehbare Folgen der Aufnahme der beiden Häftlingen aus Guantanamo im Kanton Jura

Die 17 Uiguren aus Guantanamo gelten nicht mehr als "feindliche Kämpfer". Die uigurische Gemeinschaft in den USA wäre bereit, diese aufzunehmen, aber die US-Behörden wollen die Verantwortung dafür nicht übernehmen und dadurch einen Präzedenzfall schaffen. Einer der beiden im Kanton Jura aufgenommenen Brüder ist in einem schlechten Gesundheitszustand.

- Musste dieser Massnahmen der "Deradikalisierung" und der "Reintegration" über sich ergehen lassen, sodass er dadurch psychisch krank geworden ist?
- Könnte diese Tatsache dazu führen, dass sein Aufenthalt länger dauern wird, als die Behörden annehmen?

10.5051 Rielle. Ausschaffung trotz Aufspaltung der Familie

Nach 11 Jahren Aufenthalt in der Schweiz wurde "Rowena", einer Philippinin ohne rechtlichen Status, eine Aufenthaltsbewilligung aus humanitären Gründen verweigert. Trotz der Tatsache, dass sie in der Schweiz ein Kind von einem abgewiesenen Asylbewerber aus Afrika geboren hat, drohen die Behörden hartnäckig mit ihrer Ausweisung und nehmen somit in Kauf, dass die in der Schweiz entstandene Familie dadurch aufgespalten wird.

Wie kann dies nicht als Härtefall gelten, wenn sich die Betroffene seit 11 Jahren in der Schweiz aufgehalten, gearbeitet, ein soziales Netz aufgebaut und eine Familie gegründet hat?

10.5052 Rielle. Ausschaffung trotz Aufspaltung der Familie

Nach 11 Jahren Aufenthalt in der Schweiz wurde "Rowena", einer Philippinin ohne rechtlichen Status, eine Aufenthaltsbewilligung aus humanitären Gründen verweigert. Trotz der Tatsache, dass sie in der Schweiz ein Kind von einem abgewiesenen Asylbewerber aus Afrika geboren hat, drohen die Behörden hartnäckig mit ihrer Ausweisung und nehmen somit in Kauf, dass die in der Schweiz entstandene Familie dadurch aufgespalten wird.

Hat das Kind nicht das Recht, mit beiden Elternteilen zusammen zu leben?

10.5053 Rielle. Ausschaffung trotz Aufspaltung der Familie

Nach 11 Jahren Aufenthalt in der Schweiz wurde "Rowena", einer Philippinin ohne rechtlichen Status, eine Aufenthaltsbewilligung aus humanitären Gründen verweigert. Trotz der Tatsache, dass sie in der Schweiz ein Kind von einem abgewiesenen Asylbewerber aus Afrika geboren hat, drohen die Behörden hartnäckig mit ihrer Ausweisung und nehmen somit in Kauf, dass die in der Schweiz entstandene Familie dadurch aufgespalten wird.

Ist es zulässig, die Frau und das in der Schweiz aus einer interkulturellen Verbindung hervorgegangene Kind auszuweisen ohne Chance darauf, dass der leibliche Vater jemals wieder mit den beiden zusammenleben wird?

10.5087 Baumann J. Alexander. Bundesanwaltschaft entziffert Frankreich die gestohlene Bankdatendisk

Die vom Bankdatengauner Falciani den französischen Behörden gelieferte Disk war für diese unlesbar. Gemäss NZZ lieferte die BA den Franzosen 51 Stichwörter. Damit konnten sie den Code knacken und die Daten lesen. Sie dienen jetzt zur Strafverfolgung von HSBC-Kunden.

1. Seit wann zählt die Abschaffung des Bankgeheimnisses zum Pflichtenheft der BA?
2. Wurde Strafanzeige gegen die BA betreffend wirtschaftlichen Nachrichtendienstes erhoben?

Finanzdepartement

10.5015 Graber Jean-Pierre. Nach schweizerischem Recht illegal in Umlauf gebrachten Bankkundendaten und allfällige Gegenmassnahmen

Deutschland wird die Daten deutscher Kundinnen und Kunden von Schweizer Banken höchstwahrscheinlich kaufen. Frankreich hat die Liste französischer Kundinnen und Kunden der Bank HSBC zurückgegeben, hat aber eine Kopie davon für sich behalten. Alle diese Daten wurden und werden anderen Ländern angeboten, dies in Verletzung mit mehreren Bestimmungen des schweizerischen Rechts.
Gedenkt der Bundesrat Massnahmen zu ergreifen gegen diejenigen Staaten, die solche nach schweizerischem Recht auf illegale Weise beschaffte Daten tatsächlich verwenden?

10.5016 Graber Jean-Pierre. Handelsbilanz zwischen der Schweiz und Deutschland und Steuerstreit

Die Handelsbilanz zwischen der Schweiz und Deutschland verzeichnete 2008 ein negatives Saldo von 23 Milliarden Franken. Unser Land trägt somit direkt zum Bestehen von 230 000 Arbeitsplätzen in Deutschland bei, wenn man von einem durchschnittlichen Einkommen von 100 000 Franken pro Person ausgeht. Zudem arbeiten mehr Deutsche in der Schweiz als umgekehrt.
Wird der Bundesrat diese Tatsachen in den Diskussionen zum Steuerstreit zwischen der Schweiz und Deutschland erwähnen?

10.5021 Reimann Lukas. Ausfallrisiken der PIIGS-Staaten und deren Implikationen auf unsere Banken und Volkswirtschaft

Laut Medien sollen CH-Banken mit 64 Milliarden Euro an griechischen Staatsanleihen beteiligt sein.
- Welche Implikationen sind für unsere Volkswirtschaft zu erwarten?
- Welche Massnahmen hat der Bundesrat für den Eintritt des Worst Case geplant, wenn
a. Griechenland seine Schulden nicht mehr bedienen kann?
b. durch eine Kettenreaktion auch die restlichen PIIGS-Staaten und GB ihre Schulden nicht mehr bedienen können?
- Wie hoch schätzt er die kumulierte Beteiligung der CH-Banken an Anleihen der PIIGS-Staaten und an GB?

10.5045 Wyss Brigit. Treibstoff aus Jatropha

In Bad Zurzach ist eine Biodiesel-Produktionsanlage geplant (ca. 130 Mio. Liter pro Jahr). Der Treibstoff soll vor allem aus Jatropha aus Mosambik gewonnen werden. Die Fabrik wird nur gebaut, wenn der Bund den importierten Rohstoff von der Mineralölsteuer befreit (Fr. 0.72 pro Liter).
Eine Studie der Plattform Agrotreibstoffe zeigt, dass Jatropha aus Mosambik nicht nachhaltig ist.
Hat der Bundesrat die Bauherrschaft informiert, dass der Import gestoppt wird, wenn die Kriterien nicht erfüllt sind?

10.5047 Heim. Übernimmt das VBS die Schulden von Militärangehörigen?

- Stimmen Medienberichte, wonach die Personalberatung des VBS die Schulden Militärangehöriger übernimmt respektiv vorfinanziert?
- Wenn ja, welche Rechtsgrundlage ermöglicht Darlehen zur Schuldentilgung von Militärangehörigen?
- Zu welchen Bedingungen?
- Welche Aufgaben hat der Unterstützungsfonds?
- Wie wird er alimentiert?
- Wie ist der finanzielle Umfang des Fonds?
- Wie die jährlichen Ausgaben?
- Zu welchen konkreten Zwecken?
- Nach welchen Kriterien?

10.5057 Fehr Jacqueline. Automatischer Informationsaustausch

Der Begriff "automatischer Informationsaustausch" ist in aller Munde. Die Unschärfe des Begriffs lässt alle möglichen Interpretationen zu.

- Was ist unter dem Begriff "automatischer Informationsaustausch" konkret zu verstehen?
- Welche Informationen werden zwischen wem unter welchen Bedingungen automatisch ausgetauscht?

10.5062 Bänziger. 24 Milliarden Franken toxische Inaktiven aus dem Nationalbankfonds wieder auf dem Finanzmarkt?

Im Rahmen des UBS-Notpaketes wurden im Herbst 2008 rund 48 Milliarden Franken toxische Inaktiven in eine Auffanggesellschaft der Nationalbank ausgelagert. Zurzeit schlummern dort noch rund 24 Milliarden, als gesamtschweizerisches Risiko, der Rest der toxischen Inaktiven ist offenbar wieder aktiv geworden.

- Rechnet der Bundesrat damit, dass auch die restlichen 24 Milliarden toxischer Papiere wieder in den Markt eingespiesen werden können?
- Welches Zukunftsrisiko stellen sie dar?

10.5070 de Buman. Nationalgestüt. Vom Bundesrat gestern gewürdigt, heute im Stich gelassen, morgen zum Tod verurteilt?

Der Bundesrat will das Schweizerische Nationalgestüt Avenches Ende 2011 auflösen.

- Wie rechtfertigt er eine dermassen rigorose Massnahme, wenn er doch gleichzeitig die fachlichen Leistungen der Institution würdigt?
- Weshalb dieses Todesurteil, nachdem 1999 das Institut Equestre National Avenches (IENA) gegründet und eine Verbindung zwischen dem Nationalgestüt und der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Nutztiere und Milchwirtschaft (ALP) hergestellt wurde?
- Weshalb dieser Angriff auf die einzige breit anerkannte Schweizer Pferderasse (Freiberger) - und dies erst noch im internationalen Jahr der Biodiversität?

10.5083 Stamm. Allfällige Verpflichtung, Gold in den USA zu hinterlegen

- Hat sich die SNB im Zuge der Dollar-Refinanzierung des "Stabilisierungsfonds UBS" in irgendeiner Weise bei der amerikanischen Zentralbank FED verpflichtet, Gold als Sicherheit zu hinterlegen?
- Wurde - z.B. in Form eines Gentleman-Agreements - vereinbart, dass kein SNB-Gold aus den USA abgezogen werde?
- War das Volumen sogar so gross, dass zusätzliches Gold in die USA transportiert werden musste?

10.5090 Widmer. Rigibahn gefährdet?

Das Sparprogramm des Bundes gefährdet 160 Regionalverkehrslinien, darunter die Rigibahnen, als wichtige Tourismusbahnen.
Ist der Bundesrat bereit, auch die regionalpolitische Bedeutung der einzelnen Linien bei seinen Abbauplänen zu berücksichtigen?

10.5091 John-Calame. Agrotreibstoffe aus Afrika

In der Presse konnte man lesen, dass ein Schweizer Unternehmen für 50 Jahre 10 000 Hektaren Land in Sierra Leone gepachtet hat, um darauf Bioethanol aus Zuckerrohr zu produzieren; die dortige Bevölkerung kann ihren eigenen Bedarf an Grundnahrungsmitteln jedoch nur mit Mühe und Not abdecken.

- Ist der Bundesrat bereit, ein Importverbot für Bioethanol, das zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion hergestellt wird, zu erlassen?
- Sind industriell produzierte Agrotreibstoffe für unsere Motoren mit unserer Entwicklungspolitik überhaupt vereinbar?

10.5097 Zisyadis. Das Ende der Briefkastenfirmen?

Stimmt es, dass der Bundesrat einer Forderung der Europäischen Union, die die kantonalen Steuern betrifft, nachkommen will, nämlich der Abschaffung von Briefkastenfirmen und einem Geschäftsverbot für Holdings?

Volkswirtschaftsdepartement**10.5008 Roth-Bernasconi. OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen. Beschwerdeverfahren**

Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen werden zurzeit überarbeitet. Am 24. März befasst sich die OECD mit den Schwerpunkten dieser Revision.

- Wird sich der Bundesrat für eine Verschärfung der Beschwerdeverfahren einsetzen?
- Ist er bereit, die Fristen und die Verantwortlichkeiten klar zu definieren, wenn mehrere Nationale Kontaktpunkte (NKP) involviert sind, sowie die Kapazitäten der NKP im Bereich Mediation und Monitoring zu erhöhen?

10.5018 Meier-Schatz. OECD. Überarbeitung der Leitsätze

Die Leitsätze für Multinationale Unternehmen der OECD werden demnächst überarbeitet. Am 24. März 2010 wird sich die OECD mit den Terms of Reference für die Revision befassen.
Beabsichtigt der Bundesrat, sich für eine Ausdehnung der Leitsätze auf die Zuliefererkette und auf die Subunternehmer einzusetzen, um die Weiterentwicklung der weltweiten Produktionsstrukturen und die aktuellen Standards im Bereich der sozialen Unternehmensverantwortung zu berücksichtigen?

10.5020 Müller Geri. Leitsätze für Multinationale Unternehmen der OECD. Position des Bundesrates

Die Leitsätze für Multinationale Unternehmen der OECD werden demnächst überarbeitet. Am 24. März 2010 wird sich die OECD mit den Terms of Reference für die Revision befassen.

- Beabsichtigt der Bundesrat, sich für eine Stärkung der Leitsätze in Bezug auf die Menschenrechte einzusetzen?
- Falls ja, in welcher Art und Weise?
- Beabsichtigt er insbesondere, die Aufnahme des Konzepts der "Due dilligence" in Bezug auf die Unternehmen einzufordern?

10.5024 Grin. Import von gewürztem Fleisch

Für den Import von gewürztem Fleisch gilt ein stark reduzierter Ausserkontingentszollansatz (AKZA) im Vergleich zu ungewürztem Fleisch, das die gleiche Qualität hat und gleich zerlegt ist.

- Ist dies nicht ein Mittel, um den Grenzschutz für Schweizer Fleisch zu umgehen?
- Ist dies eine Folge der Anwendung des Cassis-de-Dijon-Prinzips?

10.5058 von Siebenthal. Importiertes Würzfleisch ruiniert Schweizer Fleischmarkt

2009 wurde unter der Zoll-Tarifnummer 1602 rund 1000 Tonnen Rind- und Kalbfleisch zum Ausserkontingentsansatz von Franken 6.38 importiert.

Ein zunehmend grosser Teil der Importmenge entspricht nicht der Zolldeklarationsvorschrift von marmoriertem Fleisch. Das Fleisch ist lediglich mit groben Pfefferkörnern bestückt, welche nachher entfernt werden.

- Ist der Bundesrat auch der Meinung, dass diese Umgehung die schweizerische Fleischproduktion torpediert?
- Gedenkt er diese Missstände beim Grenzschutz zu beheben?

10.5075 Kunz. Import von angeblich gewürztem Fleisch

- Entspricht die Einfuhr von angeblich gewürztem Fleisch unseren gesetzlichen Grundlagen?
- Handelt es sich nicht um eine Täuschung, wenn zum Beispiel in Schlachthöfen die Pfefferkörner beim Fleisch abgesaugt werden?
- Was unternimmt der Bundesrat, um diese Missstände zu beheben?

10.5077 Glur. Pfefferfleisch

Letztes Jahr wurden über 1000 Tonnen gewürztes Fleisch importiert, weil der Zollansatz tiefer ist als bei unbehandeltem Fleisch.

Nun werden Fleischstücke, vor allem Edelstücke, importiert, die mit einigen Pfefferkörnern bestreut sind, die nachher einfach wieder abgeschabt werden.

Das ist eine klare Täuschung und Umgehung des Zolls (Zolltarifnummer 1602.5099).

Dadurch erwächst den schweizerischen Viehproduzenten und der gesamten Wertschöpfungskette ein enormer finanzieller Schaden.

Ist der Bundesrat bereit, die Oberzolldirektion anzuweisen, strikte Kontrollen durchzuführen, um diese massive Zollumgehung zu unterbinden?

10.5060 Moser. CITES Konferenz 2010. Roter Thunfisch

Der Rote Thunfisch steht vor der Ausrottung.

An der CITES Konferenz 2010 von Mitte März wird über den Antrag befunden, den Roten Thunfisch in die Liste der geschützten Arten aufzunehmen, was einem Handelsverbot gleichkommt.

- Wird der Bundesrat diesem Antrag in Doha zustimmen?
- Welche Schritte wird er zum Schutz des Roten Thunfisches unternehmen, falls der Antrag scheitert?

10.5061 Moser. CITES Konferenz 2010. Rote und Rosa Korallen

Die Roten und Rosa Korallen werden stark übernutzt, so dass oft nur noch junge Stöcke vorhanden sind.

In Gefahr sind die Korallen primär aufgrund ihres massenhaften Verkaufes als Schmuck. Die EU und die USA haben deshalb für die CITES Konferenz 2010 den Antrag auf Aufnahme in Anhang II gestellt.

Welche Haltung wird die Schweiz bei diesem Antrag vertreten?

10.5082 Aebi. Ausweitung eines Agrarfreihandelsabkommens auf "nicht harmonisierte Produkte"

Bundesrat Burkhalter hat kürzlich mit EU-Konsumentenschutz Kommissär John Dalli ein Gespräch über Gesundheitsfragen geführt. Dabei ging es um die Auswirkung des Agrarfreihandelsabkommens "nicht harmonisierte Produkte", was heisst, dass sich das Abkommen auch auf nationale Standards für Lebensmittel erstrecken würde.

- Heisst das konkret, dass nun doch eine gegenseitige Anerkennung des Cassis-de-Dijon Prinzips angestrebt wird?
- Versteckt sich dahinter eine weitgehende Ausweitung des Mandats?
- Warum wird, während die Verhandlungen laufen, das Mandat überhaupt ausgeweitet?

10.5092 John-Calame. Bundesrat und Allgemeinverbindlichkeit der Milchmengensteuerung

Am 17. Dezember 2008 hat der Nationalrat die Motion Kunz (08.3623) abgelehnt, die die Allgemeinverbindlichkeit der privatrechtlichen Milchmengensteuerung sowie einen Beitrag zur Finanzierung von Selbsthilfemassnahmen forderte.

Am 17. Februar 2010 hat der Bundesrat die Milchmengensteuerung bis zum 31. August 2010 für allgemeinverbindlich erklärt.

- Kann es wirklich sein, dass Produzenten, welche die vorgegebenen Milchmengen stets eingehalten haben (z. B. AOC Gruyère), gezwungen werden, einen Beitrag für die Massnahmen zur Sanierung des Milchmarkts zu leisten?
- Ist der Bundesrat der Ansicht, dass er den Entscheid des Nationalrats wirklich respektiert hat?

10.5098 Zisyadis. Privatisierung der arbeitsmarktlichen Massnahmen

Es zeigt sich, dass die Kantone die Betreuung und Vermittlung von Arbeitslosen immer mehr privatisieren und bisweilen sogar an ausländische Unternehmen delegieren.

- Wie steht der Bundesrat dazu?
- Mit welchen Kontrollmechanismen hindert der Bund diese privaten Unternehmen daran, selbst oder über eine Tochterfirma Bildungsprogramme anzubieten?

10.5101 Robbiani. Optionsrecht bei der Arbeitslosenversicherung. Quelle von Missverständnissen

Das Optionsrecht bei der Arbeitslosenversicherung für italienische Grenzgängerinnen und Grenzgänger führt immer wieder zu Missverständnissen. Es braucht eine spezifische Lösung.

Kann sich der Bundesrat mit den Kantonen - solange es in diesem Bereich noch keine vernünftiger Lösung gibt - auf eine Regelung einigen, mit der verhindert wird, dass zahlreiche Personen zwingend eingeschrieben werden müssen?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation**10.5000 Bänziger. Korrelation von Nacht-Fluglärm und Krebs?**

Im Rahmen einer Fall-Kontroll-Studie beim Flughafen Köln-Bonn wurde 2009 eine Korrelation festgestellt zwischen Nacht-Fluglärm und Krebserkrankungen. Berücksichtigt wurden Zeitfenster zwischen 22.00 Uhr und 06.00 Uhr.

- Ist diese Studie dem Bundesrat bekannt?
- Kennt er ähnliche Studien?
- Ist er auch der Meinung, dass grundsätzlich auch aus gesundheitlichen Gründen eine Nachtflugruhe von acht Stunden zu gelten hätte?

10.5001 Bänziger. Schweiz-Deutsches Atommüll-Endlager in Benken?

Für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle wurden drei mögliche Standorte evaluiert. Einer davon liegt bei Benken im Zürcher Weinland. Der angrenzende Süddeutsche Raum ist nicht begeistert, hat dies mehrfach geäußert. Es sei denn, sie könnten allenfalls profitieren. Ein Gerücht besagt, es gäbe Gespräche über eine Mitnutzung des Endlagers Benken durch Baden-Württemberg. Der Widerstand gegen den Endlager-Standort Benken sei nicht so stark.

- Gab es entsprechende Gespräche?
- Was sagt der Bundesrat dazu?

10.5003 Rickli Natalie. Swisscom. Fastweb

1. Wie war der zuständige Bundesrat Moritz Leuenberger über den Kauf der Fastweb und das laufende Verfahren gegen sie informiert?
 2. Aus welchen Gründen hat Swisscom die Fastweb erworben, obwohl sie vom laufenden Verfahren wusste?
 3. Welche Investmentbanken bzw. Gesellschaften haben die vorgängige Prüfung bei Fastweb durchgeführt?
- Warum haben sie die weitreichende Verstrickung in mafiöse Geldwäscherei- und Steuerdelikte nicht festgestellt?

10.5005 Rickli Natalie. Billag. Umstellung auf Jahresrechnung

Die Billag hat bekannt gegeben, dass sie endlich zu Kosteneinsparungen bereit ist. Ein Weg ist die Umstellung auf eine Jahresrechnung. Ist der Bundesrat bereit, dies mit einer RTVV-Anpassung in die Wege zu leiten? Dies selbstverständlich unter der Berücksichtigung, dass die eingesparten 10 Millionen zurück an den Gebührenzahler und nicht in den Gebührentopf fließen und einer längeren Zahlungsfrist oder Versand Mitte Jahr, damit der Kunde von der Änderung profitiert.

10.5017 Parmelin. Energie Pool Schweiz hält Zahlungsfristen nicht ein

Im Rahmen der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) für Kilowattstunden aus Kleinwasserkraftwerken scheint es so, dass Energie Pool Schweiz (EPS) die bezogenen Energielieferungen, anstatt innerhalb der vertraglich festgelegten Frist von 45 Tagen nach dem betreffenden Quartal, erst nach 90 Tagen bezahlt. Dies hat zur Folge, dass die Betreiber dieser Kleinkraftwerke in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Ist der Bundesrat darüber auf dem Laufenden, und was gedenkt er zu tun, um dieses Missverhältnis rasch zu beheben?

10.5022 Reimann Lukas. Mobilfunkantennen und Mobiltelefone. Angeblich schädliche Strahlung

Die Mobiltelefonie ist heute Standard. Mobilfunkantennen aber sind vor Ort immer noch ein grosses Politikum.

1. Gibt es irgendeinen in- oder ausländischen Nachweis dafür, dass die "Strahlung" von Mobilfunkantennen im In- oder Ausland die Gesundheit von Menschen (inkl. Kindern) geschädigt hat?
2. Gibt es irgendeinen in- oder ausländischen Nachweis dafür, dass die "Strahlung" von Mobiltelefonen im In- oder Ausland die Gesundheit von Menschen (inkl. Kindern) geschädigt hat?

10.5029 Lachenmeier. Pannestreifen

Während der Stosszeiten wird auf einem Autobahnabschnitt von 5 km zwischen Lausanne und Genf der Pannestreifen für den Verkehr freigegeben. Die Installationen kosteten den Bund 35 Millionen Franken.

- Mit welchen Betriebskosten wird pro Jahr gerechnet?
- Wurden vorgängig Versuche mit Temporeduktion ohne Spurerweiterung durchgeführt?
- Welche Wirkung hat bzw. hätte sie in Bezug auf die Verflüssigung?
- Wie viele Unfälle könnten mit Temporeduktion ohne Pannestreifeneinbezug vermieden werden?

10.5031 Malama. Beurteilung der Neuausschreibungen der lokalen Radio- und TV-Konzessionen

Welche Erkenntnisse und Konsequenzen zieht der Bundesrat aus den auf Basis des neuen RTVG erfolgten Neuausschreibungen der lokalen Radio- und TV-Konzessionen, unter besonderer Berücksichtigung, dass sich in den schweizweit bedeutenden Regionen Zürich, Basel, Genf, Ostschweiz und Aargau:

- a. drei unterlegene Bewerber mittlerweile eine Konzession erkaufte haben und
- b. drei Verfahren nach über zweijähriger Dauer noch nicht abgeschlossen sind?

10.5032 Malama. Gründe für die Neuausschreibung der lokalen Radio- und TV-Konzessionen

Die Neuausschreibung der lokalen Radio- und TV-Konzessionen wäre nicht nötig gewesen. Das Gesetz hätte es zugelassen, die bisherige Praxis fortzusetzen, d.h. die alten Konzessionen zu verlängern und die neuen Gesetzesbestimmungen als neue Konzessionsvoraussetzungen aufzunehmen.

Wer hat aus welchen Gründen den Entscheid getroffen, sämtliche Konzessionen neu auszuschreiben und von der bisherigen Praxis abzuweichen?

10.5033 Malama. Politische Motive für die Neuausschreibung der lokalen Radio- und TV-Konzessionen

War der Entscheid, die lokalen Radio- und TV-Konzessionen neu auszuschreiben, politisch motiviert und hatte zum Ziel, dem Departementsvorsteher des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation unliebsame, aber wirtschaftlich erfolgreiche Medienunternehmen zu eliminieren?

10.5034 Malama. Umfassende Neuausschreibung der Radio- und Fernseherkonzessionen nach Ablauf

Beabsichtigt der Bundesrat bzw. die Konzessionsbehörde, die Radio- und Fernseherkonzessionen nach deren Ablauf in ca. 8 bis 9 Jahren wieder alle neu auszuschreiben?

10.5035 Malama. Sind Übergangskonzessionen sinnvoll?

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinen Rückweisungsentscheiden betreffend "Radio Argovia", "Tele Ostschweiz" und "Radio Grischa" das UVEK aufgefordert, eine Übergangslösung bis zum Abschluss des Verfahrens zu prüfen.

In welchem Umfang erachtet der Bundesrat eine Übergangskonzession als realistisch, um insbesondere in der Ostschweiz und im Kanton Graubünden den "Service Public Regional" zu gewährleisten, die Arbeitsplätze zu sichern und den Know-how-Verlust abzuwenden?

10.5036 Malama. Versorgungslücke durch Übergangskonzessionen

- Wie stellt sich der Bundesrat zur Tatsache, dass einige der von der Übergangskonzession betroffenen Veranstalter ohne Gebührensplittunganteile ihren Sendebetrieb aus Kostengründen massiv reduzieren oder sogar einstellen müssen?
- Welche Alternativen existieren bzw. welche Massnahmen ergreift das zuständige Departement, um diese drohende Versorgungslücke zu füllen?

10.5037 Malama. Rechtfertigung der Gebühren ohne Gebührensplittung

Wie rechtfertigt es der Bundesrat, dass die Bürgerinnen und Bürger in der Ostschweiz und im Kanton Graubünden derzeit die vollen Radio- und Fernsehempfangsgebühren bezahlen müssen, obwohl die lokalen Veranstalter wie "Radio Grischa" oder "Tele Ostschweiz" derzeit keine (Ostschweiz) oder nicht die vollständigen (Graubünden) Gebührensplittunganteile erhalten?

10.5038 Malama. Wer verfügt über vorenthaltene Gebührensplittung-Gelder?

- Wie hoch ist der Betrag der Gebührengelder, welche derzeit nicht ausgeschüttet werden, da die Betriebe mit Übergangskonzession keine oder nur beschränkt Mittel aus dem Gebührensplittung erhalten?
- Wer verfügt über diese Gelder bzw. wie werden diese eingesetzt?

10.5039 Malama. Staatshaftungsklage wegen schlampigen Konzessionsentscheiden

- Wie beurteilt der Bundesrat das Risiko einer allfälligen Staatshaftungsklage wegen mangelhafter Konzessionsentscheide des UVEK durch betroffene Veranstalter ("Radio Grischa" und "Tele Ostschweiz") aufgrund der infolge dieser Verfahrensverzögerung erlittenen Gebührenauffälle?
- Bis wann ist mit einem rechtskräftigen Abschluss der noch hängigen Verfahren zu rechnen, unter der Voraussetzung, dass die Entscheide des UVEK wiederum ans Bundesverwaltungsgericht gezogen werden?

10.5040 Grin. Umfahrung von Morges, keine halben Sachen

In seiner Botschaft vom 11. November 2009 zum Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz erwähnt der Bundesrat, dass eine weiträumige Umfahrung von Morges auf einer Route, die er in der Botschaft bereits skizziert hat, denkbar ist. Die skizzierte Route ist zwar teilweise unterirdisch, aber dort, wo sie unter freiem Himmel verläuft, hat sie grosse Auswirkungen auf die angrenzenden Dörfer und Landschaften.

- Wurden die betroffenen Gemeinden über dieses Projekt informiert?
- Um Belastungen zu vermeiden und den Bedenken der betroffenen Bevölkerung zuvorzukommen, wäre es nicht die beste Lösung, die Umfahrung vollständig unterirdisch verlaufen zu lassen?

10.5044 Wyss Brigit. Störfall im AKW Gösgen

Im AKW Gösgen ist vor Monaten ein gravierender "Störfall" passiert, welcher jedoch dem ENSI erst später gemeldet wurde.

Das ENSI hat seinerseits mit der Veröffentlichung lange zugewartet; Meldungen werden zudem oft ohne entsprechenden Hinweis aufdatiert.

- Wann genau und bei welcher Gelegenheit wurde das ENSI informiert?
- Wann hat das ENSI die Öffentlichkeit informiert?
- Wie stark hat sich das Risiko während des "Störfalls" erhöht?
- Welche Konsequenzen und Massnahmen hat der "Störfall" zur Folge?

10.5049 Bourgeois. Umsetzung der Motion 08.3083

1. Wie gedenkt der Bundesrat die Anpassung der Gesetzesvorschriften, die die von beiden Räten jüngst angenommene Motion 08.3083 (Luginbühl) verlangt, zu beschleunigen?
2. Ist der Bundesrat bereit, die von dieser Motion verlangten Anpassungen über die Raumplanungsverordnung schnellstmöglich umzusetzen, und nicht zuzuwarten, bis die momentan stattfindenden Diskussion über die Revision des Raumplanungsgesetzes zum Abschluss gelangt sind?

10.5050 Bourgeois. Öffentlicher Verkehr. Attraktivität der Gemeinde-Tageskarten wahren

1. Anerkennt der Bundesrat, dass die von den Gemeinden ausgestellten Tageskarten ein grosser Erfolg und somit die beste Werbung für den öffentlichen Verkehr sind?
2. Ist er auch der Ansicht, dass die Beschränkung der Gültigkeit auf einen bestimmten Zeitraum abwegig ist?
3. Beabsichtigt er, beim Verband öffentlichen Verkehr zu intervenieren, damit dieser seine Entscheidung nochmals überdenkt?

10.5056 Rutschmann. Deutsche Mitsprache bei geologischen Tiefenlager

- Offenbar verlangt der Waldshuter Landrat Bollacher mehr Mitsprache bei der Standortsuche für ein Tiefenlager.
So sollen verschiedene süddeutsche Gemeinden zusätzlich ins Partizipationsverfahren einbezogen werden.
- Inwieweit werden deutsche Instanzen in das Auswahlverfahren mit einbezogen?
 - Welches sind die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen?
 - Gedenkt der Bundesrat, ein allfälliges gesetzlich verankertes deutsches Mitspracherecht freiwillig auszuweiten?
- Wenn ja, mit welchen Argumenten?

10.5063 Killer. KEV-Beiträge für WKK-Anlagen

- Sind WKK-Anlagen (Wärme-Kraft-Koppelungen) berechtigt, Beiträge aus dem KEV-Fonds zu erhalten?
- Welche Kriterien müssen allenfalls erfüllt sein, um berechtigt zu sein?
- Welche Ausschlusskriterien bestehen?

10.5064 von Rotz. Billag. Offenlegung Rechnungen und Verzicht auf rückwirkende Gebühreneintreibung

- Die Billag hat bekannt gegeben, dass sie endlich bereit ist, Transparenz herzustellen und ihre Rechnung offen zu legen.
- Wird der Bundesrat dies entsprechend in die Wege leiten?
- Gleichzeitig hat das BAKOM gesagt, dass auf rückwirkende Gebühreneintreibung verzichtet wird.
- Bestätigt das der Bundesrat so oder benötigt es entsprechende Vorstösse?

10.5065 Teuscher. Mehr Agrotreibstoffe zu welchem Preis?

Der Bundesrat will den Absatz von Bioethanol in der Schweiz fördern. Dazu soll die Luftreinhalteverordnung geändert werden (Dampfdruck für Benzin-Bioethanolgemische heraufsetzen) und administrative Hürden sollen verringert werden.

- Um welche administrativen Hürden handelt es sich korrekt?
- Wird damit nicht die Problematik des Sommersmogs verschärft, falls solche Gemische in grösseren Mengen abgesetzt werden?

Falls ja: in welchem Umfang?

10.5066 Teuscher. Alarmierende Zunahme der Verkehrstoten im Bereich Fuss- und Veloverkehr

Die neusten bfu-Zahlen haben gezeigt, dass 2009 doppelt so viele Velofahrende bei Verkehrsunfällen starben wie 2008. Auch die Zahl der getöteten Fussgänger und Fussgängerinnen stieg um 5 Prozent.

- Was gedenkt der Bundesrat zu tun, damit die Anzahl der Verkehrstoten in diesen zwei Bereichen zukünftig zurückgehen?
- Braucht es neue Infrastrukturen, um die Sicherheit für diese zwei Bereiche zu erhöhen?

10.5079 Flückiger. Billag-Gebühren für Rentnerinnen und Rentner

Die Billag kassiert auch in Alterszentren, Alters- und Pflegeheimen etc. im grossen Stil Gebühren, gibt es doch in diesem Bereich tausende von Pensionären mit Empfangsgeräten in ihren Zimmern. Sie bezahlen den vollen Betrag, ausser sie sind stark pflegebedürftig oder Empfänger von Ergänzungsleistungen. Mindestens müsste es für all diese Fälle eine starke Reduktion in der Form von Mengenrabatt geben oder die Gebühr wird allen unseren älteren Menschen gänzlich erlassen. Wie ist die Meinung des Bundesrates dazu?

10.5080 Weber-Gobet. Nutzungseinschränkung bei der Tageskarte Gemeinde und Randregionen

Die TK G erfährt im Rahmen der angekündigten Tarifmassnahmen im ÖV neben einer Preiserhöhung auch eine Nutzungseinschränkung (zeitliche Einschränkung der Gültigkeit unter der Woche: ab 09.00 Uhr). Das trifft vor allem die Nutzer und Nutzerinnen der TK G in den Randregionen, weil sie nicht an den Hauptachsen des ÖV liegen und oft mit einem eingeschränkten Fahrplanangebot konfrontiert sind. Ist der Bundesrat bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Nutzungseinschränkung bei den TK G nicht realisiert wird?

10.5093 John-Calame. Finanzhilfe des Bundes zur Pflege von Jungwald

Der Bundesrat hat entschieden, die Finanzhilfe an Waldbesitzerinnen und -besitzer, die sich um die Pflege von Jungwald kümmern, zur Hälfte zu kürzen. Durch die Diversifikation und den Unterhalt passt sich der Jungwald jedoch besser an die Klimaveränderung an, wodurch die Biodiversität bewahrt oder sogar verbessert wird. Der Wald spielt also eine wichtige Rolle für das Klima. Ist der Bundesrat angesichts der Tatsache, dass sich Investitionen in Wälder erst nach längerer Zeit auszahlen, der Ansicht, dass er im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung agiert, wenn er die Finanzhilfe kürzt?

10.5096 Zisyadis. Die SBB und das Schweizer Holz

Die SBB haben entschieden, die meisten Holzschwellen im Ausland zu kaufen. Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um die SBB zu einer nachhaltigeren Beschaffungspolitik zu bewegen?

10.5100 John-Calame. Beobachterstatus für Taiwan bei den Konferenzen zur Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen

Um den Kampf gegen die Ausbreitung von Infektionskrankheiten zu verstärken, hat Taiwan den Status als Beobachter bei der Weltgesundheitsorganisation erhalten. Taiwan, das Platz 20 unter den grössten Wirtschaftsnationen der Welt einnimmt, möchte einen solchen Beobachterstatus auch für die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC), um einen grösseren Beitrag im Kampf gegen die Klimaerwärmung leisten zu können.

Ist der Bundesrat bereit, dieses Vorhaben, das einen wichtigen Beitrag im gemeinsamen Kampf gegen die Klimaerwärmung darstellen würde, zu unterstützen?

10.5102 Robbiani. Vertretung der italienischen Schweiz in Verwaltungsräten

In den Verwaltungsräten der vom Bund kontrollierten Unternehmen gibt es keine Mitglieder aus der italienischen Schweiz mehr.

- Ist der Bundesrat nicht der Ansicht, dass so eine unzulässige Lücke entsteht, die die betreffenden Unternehmen schwächt?
- Wie will er dieses Problem lösen?

Departement des Innern**10.5002 Schmid-Federer. Armutsstrategie**

Die vom BSV vor einiger Zeit in Angriff genommene Ausarbeitung einer nationalen Armutsstrategie beruhte auf der Idee, Armutsbekämpfung als eine sowohl vertikale wie auch horizontale Aufgabe zu betrachten. Dabei sollten einerseits der Sozial-, Bildungs- und Wirtschaftsbereich, andererseits Bund, Kantone und Gemeinden zu einer gemeinsamen Strategie aufgerufen werden.

- Gedenkt der Bundesrat, diese innovative Idee weiterzuverfolgen?
- Wenn ja, wie werden die einzelnen Partner eingebunden?

10.5019 Meier-Schatz. Armutsstrategie des Bundes

Die Armutskonferenz vom 4. Februar 2010 wurde nicht durchgeführt, obschon der Bundesrat seit einiger Zeit eine nationale Armutsstrategie und diese Konferenz angekündigt hat. In der Zwischenzeit haben private Organisationen ihre eigenen Armutsstrategien veröffentlicht.

- Was gedenkt der Bundesrat in diesem Zusammenhang im Laufe des Armutsjahres 2010 zu unternehmen?
- Wie gedenkt er im Rahmen einer kohärenten Strategie diese privaten Initiativen aufzunehmen?

10.5023 de Buman. Effiziente Strategie zur Bekämpfung von Armut

Im Frühling 2010 hätte eine nationale Armutskonferenz stattfinden sollen. Sie wird nun zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden, sehr wahrscheinlich im Herbst 2010.

- Ist der Bundesrat trotz dieses Aufschubs fest dazu entschlossen, eine wirkungsvolle Strategie zur Bekämpfung von Armut zu verfolgen?
- Sind bedeutende Massnahmen auf nationaler Ebene geplant?
- Ist der Bundesrat bei der Umsetzung der aus dieser Konferenz hervorgehenden Strategie nach wie vor bereit, Nichtregierungsorganisationen und von Armut betroffene Personen miteinzubeziehen?

10.5054 Simoneschi-Cortesi. Strategie gegen Armut

Ende letzten Jahres wurden sowohl die Veröffentlichung des Berichts des Bundesrates über die Strategie gegen Armut als auch die Armutskonferenz, die für den 4. Februar 2010 vorgesehen war, erneut verschoben.
Wann beabsichtigt der Bundesrat, den Auftrag des Parlaments auszuführen?

10.5085 Goll. 2010. Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung

- Wann endlich findet die immer wieder verschobene nationale Armutskonferenz statt, mit deren Durchführung der Bundesrat mit der Motion 06.3001, "Gesamtschweizerische Strategie zur Bekämpfung der Armut", beauftragt worden ist?
- Wann endlich legt er seinen seit langem in Aussicht gestellten Strategiebericht vor?

10.5006 Mörgeli. Kauft sich der Bund genehme Vernehmlassungsantworten?

Behindertenorganisationen, die finanziell vom BSV abhängig sind, haben in der Vernehmlassung zur IV-Revision 6a auffallend häufig dem geplanten Staatseinkauf von Hilfsmitteln zugestimmt. Unabhängige Organisationen lehnen ihn hingegen ab.
Welcher Gesamtbetrag ist im letzten Jahr unter allen Rechtstiteln vom Bund an die Teilnehmer der Vernehmlassung geflossen?

10.5007 Baettig. Verantwortung für allfällige unerwünschte Nebenwirkungen des Schweinegrippeimpfstoffs

Die durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgelöste Panik im Zusammenhang mit der Schweinegrippe-Pandemie (H1N1) hat dazu geführt, dass ein grosser Teil der sogenannten "Risikopatientinnen und -patienten" geimpft wurde. Vermutlich hat die WHO die Gefährlichkeit der Schweinegrippe-Pandemie überschätzt.
Wie reagiert das Bundesamt für Gesundheit in Bezug auf mögliche in den nächsten Jahren auftretende schädliche Nebenwirkungen (z. B. Golfkriegssyndrom), die hervorgerufen werden können durch Squalen und Quecksilber im verwendeten Grippeimpfstoff?

10.5009 Roth-Bernasconi. Druck einer kantonalen IV-Stelle

Die IV-Stelle des Kantons Genf hat Druck auf das kantonale Sozialversicherungsgericht ausgeübt, damit dieses eine Richterin ablehnt, der Parteinarbeit für die versicherten Personen vorgeworfen wird.
- Ist der Bundesrat ebenfalls der Ansicht, dass dieses Vorgehen eine Folge der Vorgaben der 5. IV-Revision ist, welche die kantonalen IV-Stellen zwingen, die Anzahl neuer Renten zu reduzieren?
- Hat der Bundesrat Kenntnis von weiteren ähnlichen Fällen?

10.5027 Amacker. Einheitliche Arbeitsunfähigkeitszeugnisse in der Schweiz

In den Regionen St. Gallen und Nordwestschweiz werden neue Arbeitsunfähigkeitszeugnisse ausgearbeitet. Diese zielen darauf ab, eine bessere Zusammenarbeit zwischen Arzt oder Ärztin und Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen herbeizuführen. Es ist zu vermeiden, dass in der Schweiz nun verschiedenste, kantonal unterschiedliche Zeugnisse ausgearbeitet werden.
Ist der Bundesrat bereit, die Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsunfähigkeitszeugnisses für die ganze Schweiz zu prüfen?

10.5030 Egger. Statistik im Bundesamt für Sozialversicherung

Seit vier Jahren wird vom BSV keine Statistik über die Anzahl der abgegebenen Hilfsmittel und deren Kosten erstellt (T3.1 und T3.4, IV-Statistik 2009).

- Wäre es nicht sinnvoller, anstatt durch den staatlichen Einkauf von Hilfsmitteln die Verwaltung der IV noch mehr aufzublähen, zuerst dieses Manko bei der BSV-Statistik zu beheben?

- Wie gedenkt der Bundesrat in diesem Bereich Sparmöglichkeiten aufzuzeigen, wenn für diese Ausgaben keine statistischen Angaben vorliegen?

10.5042 Meyer Thérèse. Bekämpfung von Armut

Die Bekämpfung von Armut basiert nicht einzig und allein auf finanzieller Unterstützung. Integrationsmassnahmen einerseits und Präventionsmassnahmen in Bildung und Berufsbildung andererseits gehören ebenfalls zu einer nationalen Strategie gegen Armut. Wie gedenkt der Bundesrat, im Rahmen der nationalen Strategie gegen Armut eine Präventionspolitik umzusetzen?

10.5067 Rossini. Armutsbekämpfung

Armutsbekämpfung und die Bekämpfung sozialen Ausschlusses sind Langzeitaufgaben und können sich nicht auf die einmalige Abhaltung einer nationalen Armutskonferenz beschränken. Zu einer Strategie gehört ebenso die Formulierung von erreichbaren Zielen als auch die Bezeichnung von messbaren Indikatoren. Dazu ist der Einbezug der Kantone und Gemeinden als wichtige Ausführungsakteure in der Armutsbekämpfung unerlässlich. Wie gedenkt der Bundesrat diese Vorgaben/Forderungen zu verwirklichen?

10.5043 Flückiger. Umsetzung der Motion 09.3156 Germann

Beide Kammern des Parlamentes haben mit deutlicher Mehrheit die Motion "Hörgerätemarkt. Mehr Wettbewerb statt Staatseingriffe" an den Bundesrat überwiesen. Weder die Motion noch die Debatten im Parlament lassen den geringsten Zweifel, dass der Vorstoss im Bereich der Hilfsmittel einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb um die Kundenbedürfnisse will und keinen Einkauf durch den Staat zur Bevormundung seiner Bürgerinnen und Bürger.

Warum ignoriert der Bundesrat diesen Auftrag des Parlamentes in der 6. IV-Revision (erstes Massnahmenpaket)?

10.5046 Bortoluzzi. Tag gegen Drogenmissbrauch

Am 26. Juni 2010 ist der internationale Tag gegen Drogenmissbrauch.

- Wie gedenkt der Bundesrat diesen Tag zu gestalten?

- Erachtet er es als angebracht, mit härteren Massnahmen gegen den Drogenmissbrauch vorzugehen?

10.5055 Simoneschi-Cortesi. Lohnrechner "Salarium" des Bundesamtes für Statistik muss korrigiert werden

Wird der Bundesrat das Bundesamt für Statistik dazu anhalten, den im Internet verfügbaren Lohnrechner "Salarium" schnellstmöglich so zu korrigieren, dass die Angaben zum Geschlecht nicht als Berechnungskriterium dienen und erst am Ende des Berechnungsprozesses erscheinen?

10.5068 Humbel Näf. Verwaltungskosten der Pensionskassen

Im Abstimmungskampf um den Umwandlungssatz wurden Intransparenz und zu hohe Verwaltungskosten von Pensionskassen und Sammelstiftungen kritisiert.

- Wie beurteilt der Bundesrat den Vorwurf der Intransparenz und der zu hohen Verwaltungskosten?
- Müssen die Anlagerichtlinien verschärft werden?
- Sieht er weiteren gesetzlichen Handlungsbedarf?
- Wenn ja, bis wann wird er dem Parlament eine Vorlage unterbreiten?

10.5069 Moser. Risiken von Bisphenol A

Die WHO und FAO organisieren aufgrund der neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse über Bisphenol A (BPA) im Oktober 2010 ein ad-hoc Expertentreffen zur Beurteilung der Sicherheit von BPA. Dabei stehen insbesondere die Unsicherheiten über die Effekte von bereits geringen Dosen von BPA auf das Nervensystem und die dadurch relativ hohe Exposition von kleinen Kindern im Vordergrund.

- Wie beurteilt der Bundesrat diese neuen Erkenntnisse?
- Wird die Schweiz an diesem Treffen ebenfalls mit einer Vertretung vor Ort sein?

10.5071 Graf-Litscher. Zulassung der Süsspflanze Stevia

Die Firma Cargill, mit einem Jahresumsatz von 116,6 Milliarden US-Dollar, experimentiert mit gentechnisch veränderten Stevia Pflanzen. Cargill hat mit Coca-Cola einen Exklusivvertrag von Reb A 97 bis ins Jahr 2030 abgeschlossen. Die EU wird vermutlich Ende März 2010 über die Zulassung entscheiden.

Wie stellt der Bundesrat sicher, dass nicht plötzlich gentechnisch verändertes Stevia auf dem Schweizer Markt ist?

10.5072 Graf-Litscher. Ist die Versicherungskarte mit Chip ein Flop?

In diesen Wochen müssten alle Versicherten die neue Karte mit einem Chip erhalten. Krankenversicherer, Ärzte, Spitäler, und Apotheker kritisieren die Karte als unausgereift und stellen sich quer. Die Versicherten sind verunsichert.

Ist es unter diesen Umständen nicht sinnvoll, die Übung abubrechen und eine ausgereifte Lösung zu präsentieren, sobald die digitale Identität für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung steht?

10.5073 Stump. Kostenloser Zugang zur Verhütung für alle

Der Bundesrat war im Jahr 2000 bereit, den Vorstoss von R. Dormann (00.3362) zur Übernahme von ärztlich verschriebenen Verhütungsmitteln durch die Krankenkassen entgegenzunehmen. Der Vorstoss wurde bekämpft und leider nie behandelt.

Wie beurteilt der Bundesrat heute die Bedeutung des freien Zugangs zu Verhütungsmitteln für Frauen und Männer für die Verhütung von sexuell übertragbaren Krankheiten und von ungewollten Schwangerschaften?

10.5074 Donzé. Arbeitslosenfürsorge. Wie nutzt der Bund seine Kompetenz?

Gemäss übereinstimmenden Prognosen wird die aktuelle wirtschaftliche Lage zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit und demzufolge zu Langzeitarbeitslosigkeit führen. Letztere gehört bekanntlich zu den hauptsächlichsten Armutsrissen. Gemäss Artikel 114 Absatz 5 BV hat der Bund die Kompetenz Vorschriften über die Arbeitslosenfürsorge zu erlassen.

Wie gedenkt der Bundesrat diese bisher nicht genutzte Kompetenz im Rahmen der Armutsstrategie einzusetzen?

10.5081 Wehrli. Helvetische Hörgeräteversorgung wie im Vereinigten Königreich?

Der Direktor des BSV betont bei sich bietender Gelegenheit, dass ein Hörgerät im Vereinigten Königreich zu einem Siebtel des Preises in der Schweiz zu erwerben sei.

- Will er das dortige System einführen, bei dem der Staat eine Million Exemplare von 14 mehrheitlich veralteten Gerätetypen einkauft, die Kunden monatelang auf eine Versorgung warten und der Staat alle Kosten für Systembetreuung, Logistik und Service übernimmt?
- Weiss der Bundesrat, dass diese Menge Hörgeräte hierzulande für 20 Jahre reicht?
- Wo gedenkt er die Million Hörgeräte zu lagern?

10.5089 Widmer. Was tut der Bund gegen zunehmenden Drogenkonsum?

Laut der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme nimmt der Heroin- und Kokainkonsum bei Jugendlichen zu.
Was unternimmt der Bund um diese Zunahme zu stoppen?

10.5095 Freysinger. Schweinegrippe (H1N1)

- Erwägt der Bundesrat nach der katastrophalen Handhabung der Pseudo-Schweinegrippe-Pandemie durch die Schweiz konkrete Administrativmassnahmen in Form von Sanktionen gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamts für Gesundheit, welche komplett versagt und Millionen an Steuergeldern zum Fenster hinaus geworfen haben?

- Falls ja, welche?
- Falls nein, warum nicht?

10.5099 Moret. Nationales Krebsregister

- Existiert ein nationales Krebsregister?
Falls nicht, weshalb nicht?

- Verfügen alle Kantone über ein Krebsregister?
- Wäre dies nicht ein unentbehrliches Instrument für den Kampf gegen diese Krankheiten?

10.5103 Robbiani. Sozialversicherungsabkommen mit Kosovo

Dass das Sozialversicherungsabkommen mit Kosovo ausläuft, hat nachteilige Auswirkungen für zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Arbeitskraft im Dienst unseres Landes eingesetzt haben.

- Wie gedenkt der Bundesrat die entstandene Rechtslücke so rasch wie möglich zu füllen?
- Welche Faktoren verhindern oder verlangsamen die Suche nach einer guten Lösung?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**10.5028 Lang. Dubai-Mossad-Schweiz**

Benützt der Mossad die Schweiz als Operationsbasis?

10.5078 Kiener Nellen. Absetzung der 3-köpfigen Leitung am Fliegerärztlichen Institut der Luftwaffe

Der Kommandant Luftwaffe hat vor kurzem entschieden, die drei Personen an der FAI-Spitze per sofort ihrer Aufgaben zu entheben.

- Erachtet der Bundesrat das drastische und voraussichtlich auch kostspielige Vorgehen des Kommandanten Luftwaffe als verhältnismässig?
- Haben aus seiner Sicht vorangegangene Aufsichtsmängel zu dieser Situation am FAI geführt?

